

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amstliches.

Berlin, 25. Jan. (S. R. P. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Professor Dr. Georg Heinrich Weber sen. zu Leipzig, in Folge der stattgehabten Wahl, den Orden pour le mérite für Wissenschaften und Künste zu verleihen; den Geheimen Medizinalrath und Professor Dr. Friedrich zu Breslau bei seiner Beurlaubung an die Universität zu Berlin zugleich zum vortragenden Rath in der Medizinal-Abtheilung des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, so wie den leiblichen Landgerichtsrath Freiherrn Georg von Gerde zu Düsseldorf zum Landrath des Kreises Geldern, im Regierungsbezirk Düsseldorf, zu ernennen; dem Kreisphysikus Dr. Benckner zu Kottbus den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen; und den Kaufmann C. S. H. Wetling in Westfalen zum Kreisphysikus zu ernennen; auch dem Geheimen Regierungsrath und ordentlichen Professor an der Universität zu Berlin, Dr. F. Vetter, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Bayern Majestät ihm verliehenen Marimilians-Ordens für Wissenschaft und Kunst, so wie dem Herzoglich braunschweig-lüneburgischen Bau- und Bergbau-Rath zu Oels zur Anlegung des von des Königs von Braunschweig-Hohelst ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens Heinrichs des Löwen zu ertheilen.

Der K. Kreis-Bauinspektor Dr. Doppel zu Drumburg ist zum K. Bau-Inspektor ernannt und demselben die Bau-Inspektorstelle zu Belgard verliehen worden.

Ihre Hoheit die Fürstin von Hohenzollern-Sigmaringen ist am 22. d. von Düsseldorf hier eingetroffen und im K. Schloß abgestiegen.

Angekommen: Se. Durchl. der Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, von Pommern; Se. Erz. der General-Lieutenant und Inspektor der 1. Artillerie-Inspektion, von Puttkamer, von Stettin; der General-Major und Kommandeur der 17. Infanterie-Brigade, von Müller, von Ologau; der designierte K. schwedische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am kaiserlichen Hofe, Saerdt, von Brüssel.

Abgereist: Se. Erz. der General-Lieutenant und Kommandeur der 11. Division, von Schlichting, nach dem Mecklenburgischen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Montag, 24. Jan. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Belgrad vom 23. d. hat der Fürst Milosch unter Kanonendonner bei Negotin den Boden Serbiens betreten. Die Skupstschina drängt auf ein besseres, sie selbst betreffendes Gesetz, indem sie die jetzigen Modifikationen tabellet.

Wien, Montag, 24. Jan., Abends. Die „Deutr. Z.“ meldet: Der Kaiser hat, wie alljährlich üblich, heute die Bankdeputation empfangen. Man spricht von beruhigenden Allerhöchsten Äußerungen bezüglich der politischen Lage.

Frankfurt a. M., Montag, 24. Januar Nachmitt. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus München hat das Gesamtministerium gestern seine Entlassung eingereicht, welche jedoch vom Könige nicht angenommen worden ist.

London, Montag, 24. Jan., Vormittags. Der „Pacific“ ist mit Nachrichten aus New York vom 13. d. eingetroffen. Widdling-Baumwolle war 11½—17½, Mehl gestiegen, der Geldmarkt und die Wechselkurse waren unverändert. In New Orleans stand am 11. d. middling 11½—14½. Aus Mexiko war vom 6. d. gemeldet worden, daß Miramon zum Präsidenten gewählt worden sei und daß General Zuloaga sich in die engl. Gesandtschaft geflüchtet hatte.

Paris, Montag, 24. Jan. Der heutige „Moniteur“ sagt: Seit langer Zeit bestehen intime Beziehungen zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Könige von Sardinien. Die zwischen Frankreich und Sardinien bestehenden wechselseitigen Interessen hatten die beiden Souveräne veranlaßt, durch eine Familienverbindung das Band, welches sie vereinigt, enger zu knüpfen. Seit länger als einem Jahre haben Unterredungen stattgefunden; aber das jugendliche Alter der Prinzessin war der Grund, die Festsetzung für die Zeit der Vermählung bis jetzt zu verschieben. Gestern hat der General-Minister um die Hand der Prinzessin Klotilde für den Prinzen Napoleon offiziell angehalten. Der König von Sardinien hat seine Einwilligung erteilt und wird die Vermählung in nächster Zeit in Turin stattfinden. — In einer zweiten Note des „Moniteur“ heißt es: Die „Union“ scheut sich nicht, die Nachricht der „Ind. belg.“ wiederzugeben, es habe der König von Sardinien seine Einwilligung zur Vermählung nur unter der Bedingung gegeben, daß ein Offensiv- und Defensiv-Vertrag zwischen Frankreich und Sardinien abgeschlossen werde, und die „Union“ fügt hinzu, daß dieser Vertrag bereits ehegestern in Turin unterzeichnet worden sei. Wir bedauern, daß wir eine solche Behauptung der französischen Presse zu rügen und zu dementiren haben, die eben so falsch als beleidigend für die Würde beider Souveräne ist. Der Kaiser muß wünschen, daß seine Familienverbindungen mit der traditionellen Politik Frankreichs übereinstimmen, aber er wird niemals die großen Interessen des Landes von einer Familienverbindung abhängig machen.

Paris, Montag, 24. Jan. Der Prinz Napoleon wird am Mittwoch hier wieder eintreffen.

Neapel, Sonntag, 23. Jan. Die Beförderung des Königs schreitet fort; derselbe wird in Brindisi erwartet.

(Eingegangen 24. Januar, 8 Uhr Morgs.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 24. Januar. [Die Kriegsgerüchte; die Adresse des Abgeordnetenhaus; das diplomatische Eventualitäten; der französische Sendling.] Die öffentliche Meinung ist so friedliebend und dabei so nervenschwach geworden, daß sie bei dem leisesten Windhauch zusammenfährt. Das albernste Gerücht, aus der unläutersten Quelle und von jedem tatsächlichen Anhalt entblößt, findet in solchen Momenten bereitwillig unbedingten Glauben, während die bestmöglichen Widerlegungen von offizieller Seite nur mißtrauischem Achselzucken begegnen. Zu jenen albernsten Gerüchten gehören die so eifrig verbreiteten Mittheilungen der „Ind. belg.“ über angebliche Kriegsrüstungen im gepörrigen Umfange, und über den Abschluß eines Schutz- und Trug-Bündnisses zwischen Frankreich und Piemont. Der „Moniteur“ ist sehr ausführlich und deutlich in der Erklärung (s. ob. Telegramm), daß die Ehe des Prinzen Napoleon mit der Prinzessin Klotilde schon eine seit langer Zeit vorbereitete war und daß damit keineswegs eine solidarisirende Verbindung der französischen Interessen mit der Sache Sardinien gegeben sei. Nichtsdestoweniger haben unsere Börsen-Visionäre die Moniteur-Note noch zweideutig gefunden und vermiffen die ausdrückliche Versicherung, daß die gerüchelte Allianz überhaupt nicht bestehe. Ich darf Ihnen sagen, daß man in politischen Kreisen die Nachricht ganz einfach unter die Fabeln rechnet, welche in wohl berechneter Absicht erfunden werden, um die öffentliche Meinung zu verwirren oder auch um eine große Börsen-Operation zu unterstützen. — Die Adress-Angelegenheit ist heute im Abgeordnetenhaus schnell und ohne Debatte erledigt worden: es liegt darin der Beweis, daß man weniger die Affirmation eines Brauches der auswärtigen Konstitutionellen Staaten beabsichtigt, als eine Kundgebung lokaler Gesinnung. Der Adressentwurf selbst ist der allgemeinen Zustimmung würdig, welche ihm zu Theil wurde (s. gestr. Z.). Er hält sich frei von jeder spezifischen Parteilichkeit und spricht die monarchische Gesinnung des Landes, wie das Vertrauen zu dem erlauchten Träger der königlichen Gewalt in so würdigen Ausdrücken aus, daß ein Widerspruch von patriotischer Seite unmöglich ist. — Es steht fest, daß Hr. v. Bismarck-Schönhausen auf seinen Posten in Frankfurt zurückkehrt, um die Vertretung Preußens in der Bundesversammlung für fest fortzuführen. Dennoch erhält sich das Gerücht, daß in nicht allzulanger Frist ein Wechsel an dieser Stelle vor sich gehen dürfte. Der Tod des Grafen Hatzfeldt und die Nothwendigkeit, demselben einen für die französischen Beziehungen besonders geeigneten Nachfolger zu geben, wird jedenfalls eine große Bewegung in das Personal unserer Diplomatie bringen. Die Wiederberufung Heinrichs v. Arnim in die diplomatische Laufbahn wird bezweifelt. — Ueber die geheimnißvolle Sendung des französischen Schiffskapitans Larocqere le Roux erzählt man jetzt, daß dieselbe nach Petersburg gerichtet war und mit Preußen nicht in der entferntesten Beziehung stand. Der Kapitän war erst jüngst in der russischen Hauptstadt und soll vom Kaiser Alexander empfangen worden sein.

[C. Berlin, 24. Januar. (Vom Hofe, Verschiedenes.)] Gestern Mittag erschienen der Prinz-Regent, die Frau Prinzessin von Preußen, der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm und die übrigen hohen Herrschaften im Thiergarten; der Prinz Friedrich Wilhelm war zu Pferde. Das zahlreiche Publikum, das um diese Zeit den Thiergarten belebte, begrüßte ehrfurchtsvoll Ihre Königl. Hoheiten, so daß namentlich der Prinz-Regent und sein Sohn immer die Hand am Helme haben mußten. Nach der Spazierfahrt begaben sich mit Ausnahme der Prinzessin Friedrich Wilhelm die sämtlichen Mitglieder des Königs-Hauses zum Prinzen Friedrich und nahmen bei demselben das Diner ein. Bei demselben erschienen außerdem der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern, der Herzog und die Herzogin von Schleswig-Holstein-Augustenburg und andere fürstliche Personen. Abends erschienen die hohen Herrschaften in der ersten Vorstellung der Oper „Lebenstern“; die Frau Prinzessin verweilte aber nur kurze Zeit in der Oper und begab sich darauf zu ihrer erlauchten Schwiegermutter. Am Sonnabend ist die Frau Fürstin von Hohenzollern aus Düsseldorf hier angekommen und im königl. Schloß abgestiegen, wo ihr Gemach gegenwärtig die Gemächer bewohnt, welche früher der Prinz Waldemar inne hatte. Die Frau Fürstin wird einige Wochen an unserm Hofe zum Besuche verweilen und dann wieder nach Düsseldorf zurückkehren. Der Geburtstag der Frau Prinzessin Karl soll auch in diesem Jahre wieder durch Stellung von lebenden Bildern und durch Aufführung eines französischen Lustspiels gefeiert werden. Alle Personen, die dabei mitwirken, gehören den hohen Kreisen an. Der Tod des Grafen v. Hatzfeldt hat insofern eine Störung hervorgerufen, als die Prinzessinnen Radziwill, wie ich höre, dadurch veranlaßt worden sind, ihre Rollen zurückzugeben. — Der erste Subscriptionsball soll, wenn der Prinz-Regent es genehmigt, am 9. Februar im Opernhaus stattfinden. Noch nie sind die Anmeldungen so massenhaft gewesen, wie gerade jetzt. — Heute wurde die Eisenbahnstrecke von hier bis Magdeburg Seitens des Eisenbahn-Kommissariats einer Revision unterworfen, und wurde der betreffenden Kommission zu diesem Zwecke ein Ertragsgestellt, der Morgens ½ 9 Uhr Berlin verließ. Der Revision wurden alle Baulichkeiten, namentlich aber die Brücken, Trasse etc. unterzogen. — Von hier gehen jetzt nach Braunschweig bedeutende Quantitäten Telegraphenlangen. Dieselben sind, soweit sie in die Erde gegraben werden, mit einer Flüssigkeit getränkt, die das Holz gegen Fäulnis schützen soll. Der Besitzer des Geheimnisses ist gegenwärtig hier und sucht ein Patent nach; dabei giebt er sich der Hoffnung hin, daß wie die braunschweigische, so auch die preussische

Telegraphen-Direktion von seiner Erfindung Gebrauch machen wird. Der Staatsanwalt v. Luch zu Potsdam hatte heute Vormittag die Ehre, dem Prinzen-Regenten empfangen zu werden; v. Luch war der Ueberbringer sämtlicher Orden seines verstorbenen Vaters.

Oesterreich. Wien, 22. Jan. [Die „Wiener Zeitung“ über die italienische Frage.] Die offizielle „Wiener Zeitung“ veröffentlicht über die „italienische Frage“ einen ihr von „hochachtbarer Hand“ zugekommenen Artikel, welcher wie die „Presse“ hervorhebt, schon deshalb bemerkenswerth erscheint, weil er, als die Äußerung eines amtlichen Blattes, eine Polemik der französischen und piemontesischen Blätter ohne Zweifel hervorruft wird. Die Hauptpunkte dieses sehr umfangreichen Artikels sind folgendermaßen zusammenzufassen:

Der Verfasser des Artikels in der „Wiener Zeitung“ stellt zunächst die Frage, was der eigentliche Kern der „italienischen Frage“ sei, und beantwortet sie dahin, daß mit Hilfe derselben bezweckt werde, den demaligen Territorialbestand der italienischen Halbinsel unzulässig und an seine Stelle einen anderen zu setzen, der entweder nicht klar vorliege, oder den man aus begründeten Gründen vor der Hand der Welt nicht offen vor die Augen hinstellen wagt. Die „Wiener Zeitung“ erklärt den Lärm, der in französischen und piemontesischen Thronreden und Zeitungsartikeln gegen Oesterreich erhoben wird, aus dem Umstande, weil Oesterreichs Macht die Stütze des gegenwärtigen Territorialbestandes in Italien ist. Die Macht Oesterreichs in Italien bröche, hieße den durch die Wiener Schlichtung von 1815 geschaffenen Länderbestand umstürzen. Dann heißt es weiter: „Kraft dieser Äkte und noch viel älteren Rechts beherrscht der Kaiser von Oesterreich das nordöstliche Italien gewiß ebenso wohlberechtigt, als der König von Sardinien das Herzogthum Savoyen und das Gebiet der ehemaligen Republik Genua, der König von Preußen seine Rheinprovinzen und seinen Theil der Schweiz; andere deutsche Fürsten die Rheinlande, der Kaiser von Rußland das Königreich Polen, England die joniischen Inseln u. s. w. Sollte aber das Lösungswort der Italiensphim „liberare l'Italia dallo straniero“ Geltung in Europa finden, sollte sich irgend eine europäische Macht berechtigt dünken dürfen, Oesterreichs Herrschaft in Italien mit heimlichen oder offenen Waffen zu stürzen, so wäre dies eine Anfeindung des internationalen Rechtsbestandes nicht nur auf der italienischen Halbinsel, sondern in ganz Europa, und wir wissen nicht, welche Grundlage man dann dem Völkerrechte in Europa noch geben könnte.“ Nachdem der Verfasser des Artikels konstatiert, daß wir über die Zeiten hinaus sind, wo Europa sein Völkerrecht bloß von der Willkür eines Einzelnen empfängt, und daß bis zum Jahre 1848, sich keine europäische Macht herabgewürdigt habe, sich offen zum Völkerrecht solcher Verdrängungsgelüste zu machen; nachdem hervorgehoben worden, daß das sardinische Königshaus, indem es 1848 als Vorkämpfer der Revolution hervortrat, durch das Gottesgericht des Sieges der österreichischen Fahnen für den Verrat vom Thron herab an demjenigen Rechte, auf welchem alle Throne ruhen, bestraft wurde, heißt es in dem Artikel weiter: „In dem gegenwärtigen Bestande der europäischen Staaten kann diesem oder jenem Mangel nicht genügt werden, sondern ungenügend sein; allein dieser Bestand ist ein Rechtsbestand, und wer an ihn rüttelt, so oder anders, sei es auch nur im Wege der Presse, theilt sich an dem ruinösen Werke einer Partei, die sich nicht scheut, den Ansturz alles Bestehenden auf ihre Fahne zu schreiben. Wir wissen übrigens, daß, wie der einzelne Mensch, so auch die Staaten ihre Gebrechen haben; wir kennen keinen, der in allen seinen Theilen sich so wohl befindet, daß aus dieser oder jener Gegend desselben, von diesem oder jenem Theile der Bevölkerung nicht Beschwerden und Klagen mitunter laut werden. An diesem allgemeinen Uebel hat auch Oesterreich seinen Theil; ohne Ueberhebung können wir jedoch diesfalls sagen, daß es in diesem allgemeinen Klagebuche nicht im Vordergrund steht. Was namentlich das lombardisch-venetianische Königreich betrifft, so tragen die Klagen, die man von dort hört, den gleichen Charakter, wie man ihn überall anderswärts findet. In Allem, in Rechten, Lasten und Pflichten, ist das lombardisch-venetianische Königreich den anderen Kronländern der österreichischen Monarchie gleichgestellt, und es kann von keinem Theile derselben gesagt werden, daß auf ihm das Auge des Monarchen nicht mit der gleichen väterlichen Milde ruhe, die Hand der Regierung milder rache, wohlwollend und freundlich eingreife. Wenn dennoch aus Italien mehr Klagen als sonst woher laut werden, so sucht man den Grund hiervon nicht darin, daß dazu dort mehr Stoff vorhanden sei, sondern in dem Umstande, daß man von bekannter Seite her und zu bekannten Zwecken diese Klagen mehr aufgreift, sie übertreibt, dazu anhebt und nöthigenfalls sie erfindet und in die Welt hinausläßt.“ Der Artikel verneint hierauf die Frage, ob den Italienern damit eine Wohlthat erwiesen werde, in der entscheidenden Weise, und sagt: „Auf dem völkerrechtlichen Rechtsboden Europas giebt es also keine sogenannte italienische Frage, nur die Revolution träumt eine solche. Oesterreichs Kaiser will keinem italienischen Fürsten weder einen Zoll Landes, noch irgend ein Souveränitätsrecht entziehen; er will nur sein eigenes Land und Recht wahren und behaupten, deshalb aber keinen fremden Einfluß, keine fremde Aufreizung im Lande, keine Verletzung seines guten und anerkannten Rechts dulden. Eine solche Verletzung zurückzuweisen, haben Oesterreichs Kaiser und Völker Mut und Kraft, ohne zurückzugeben. Ein Krieg wäre für Oesterreich und für Europa ein großes Unheil; Oesterreichs Kaiser und Völker wünschen ihn nicht. Wäre er aber unvermeidlich, so würden sie der Welt zeigen, daß das verjüngte Oesterreich, wie einst das alte, zum ersten Kampfe fähig und bereitwillig ist. Niemand wird behaupten wollen, daß das Oesterreich vom Jahre 1809 stärker als das gegenwärtige war, und dennoch trat damals Oesterreich allein stehend dem größten Kriegshelden der Geschichte muthig, mächtig und mit Ruhm entgegen.“ Der Verfasser des Artikels spricht hierauf die Ueberzeugung aus, der Kriegslärm werde sich so rasch verlieren, als er gekommen ist. Er sei jedoch nicht ohne Folgen geblieben, denn er rüttelte die öffentliche Meinung in Europa hervor, und gab derselben Gelegenheit, sich laut und hoch für den Frieden und zugleich für das Recht auszusprechen, welches die Grundlage des gegenwärtigen Bestandes der Staaten, die sicherste Gewähr für die großen Güter der allgemeinen Ordnung und des Friedens ist.“ Zum Schluß wird endlich gesagt: „Für Deutschland insbesondere ist dieser Kriegslärm ein wichtiges Stück Tagesgeschichte, denn ihm verdanken wir es, daß die öffentliche Meinung daselbst sich in einer Art Fundgrube, welche beweist, wie man auf deutschem Boden, im Hinblick auf eine nicht lange Vergangenheit, wo Deutschland schon einmal aus der Karte der europäischen Staaten verschwunden war, es allgemein fühlt, daß, wenn je an dem Rechte, das so gut Oesterreichs wie Deutschlands Grenzen geschaffen, gerüttelt werden wollte, es Deutschlands Kraft und Macht befehlen ist, im Vereine mit Oesterreich zum Schutze und Schirme dieses Rechts in die Schranken zu treten.“

[Englands und Preußens Stellung zur italienischen Frage.] Die „Deutr. Ztg.“ bemerkt am Schluß eines Leitartikels über die Bedeutung der Lombardie: „Wenn man glaubte, daß die englischen Radikalen im blinden Haß gegen Oesterreich sich freudig die Hände reiben würden bei der Aussicht auf einen Kampf um die Lombardie, so gab die Rede Roebuck's hierauf eine schlagende Antwort. Wenn man hoffte, daß Preußen, wie in alter, schlechter Zeit, dem Alleinkampfe Oesterreichs mit verächtlichen Armeen zuzusehen und die Hoffnung auf eigenen Nachwuchs an französischen Nachzuzug knüpfen würde, so sah man sich rasch enttäuscht. Denn die Napoleonische Monarchie der ersten Ära hat

der Welt eine große Segnung hinterlassen: die Erkenntnis. Die Schule der Erfahrung, durch welche damals Europa ging, war eine theure, aber zu theuer war sie nicht, denn sie hat das Ohr geschärft, daß es den ersten Ruf der Gefahr vernimmt, und die Faust gewappnet, daß sie dem ersten Schwertstreich sich entgegenstellt. Die paar Worte, welche am Neujahrstage gesprochen wurden, hätten von keinen anderen Lippen, an keinem anderen Orte gesprochen, einen solchen Widerhall des Argwohns und des Ornes gefunden. Der Entrüstungsschrei Europas giebt aber dem Neffen des Kaisers zu verstehen, daß die Erinnerung an den Dheim noch lebendig und unaussprechbar in dem Herzen Europas lebt.

Wien, 23. Jan. [Böhmische Provinzialkonzil.] Im Laufe dieses Jahres soll bekanntlich in Böhmen ein Provinzialkonzil abgehalten werden. Der Kardinal Fürst-Erzbischof hat nun unter dem 1. d. an den Diözesan-Klerus einen Hirtenbrief erlassen, der dem Klerus folgen zugeteilt wird. „Nachdem“, so heißt es in dem Hirtenbriefe, „durch das glückliche Werk des Konföderats vom 18. August 1855 zur Neugestaltung des kirchlichen Lebens in Oesterreich ein fester Grund gelegt, und die dringendsten Fragen, die zu diesem Behufe das Episcopat in den letzten Jahren beschäftigt, ihrer erwünschten Lösung zugeführt sind: so steht nun nichts mehr im Wege, durch Wiedereinführung der kirchlichen Synoden das Gebot der Kirche zu erfüllen.“ Se. Eminenz habe sich schon mit seinen hochwürdigsten Provinzial-Bischöfen ins Einvernehmen gesetzt, um noch im Laufe dieses Jahres ein Provinzial-Konzil abzuhalten zu können, und auf diese Weise die kanonische Synodal-Institution nach mehr als 200jähriger Unterbrechung (die letzte Prager Synode fand im Jahre 1605 statt) in der böhmischen Kirchenprovinz zu erneuern; der Tag der Abhaltung könne jedoch noch nicht bestimmt werden. Sodann ergeht in dem Hirtenbriefe an alle Diözesan-Pfarrer die Einladung Sr. Eminenz, mit Rücksicht auf die kanonische Aufgabe der Provinzial-Konzilien, den Gegenstand ihrer Wünsche, den Inhalt ihrer seelsorglichen Erfahrungen und den Rath ihres kirchlichen Geistes mit der eingehendsten Sorgfalt und priesterlichen Freimüthigkeit mittheilen zu wollen. Zu solchen Vorarbeiten ladet Se. Eminenz insbesondere die Doctoren der Gottesgelehrtheit und Mitglieder der theologischen Fakultät an der hiesigen katholischen Hochschule ein. Die Vorlagen wären wo möglich bis zum nächsten Oesterfest, längstens aber bis Ende Mai einzuliefern.

Krakau, 22. Jan. [Die archäologische Ausstellung.] Während der viermonatlichen Dauer der hiesigen archäologischen Ausstellung wurde dieselbe von nahe an 16,000 Personen besucht. Die Gesamteinnahme betrug gegen 4000 Rb. G. Davon wurden auf die Einrichtung der Ausstellung, für die Kanzlei, für die Heizung, den Transport der eingelieferten Gegenstände u. s. w., und endlich für die Anfertigung der Zeichnungen und Abgüsse, welche Eigenthum des wissenschaftlichen Vereins bleiben sollen, gegen 1500 Rb. G. verausgabt. Die reine Einnahme betrug somit 2500 Rb. G. Fast sämtliche wichtigeren Gegenstände sind für den wissenschaftlichen Verein abgezeichnet worden, und außerdem hat die Ausstellung Veranlassung zu vielen Publicationen gegeben. Viele Zeichnungen und Aquarelle werden, die Vorbilder der mittelalterlichen Kunst, des Grafen Proszjicki bereichern; der Warschauer Archäolog Bayer bereitet ein photographisches Album vor. Dittewicz hat ebenfalls viele Photographien gesammelt, und außerdem haben viele andere Künstler Zeichnungen und Aquarellen von fast sämtlichen wichtigeren Gegenständen der Ausstellung angefertigt. Mit der Anfertigung des kritischen Katalogs, zu dem von den Mitgliedern der archäologischen Abtheilung des wissenschaftlichen Vereins bereits das gesammte Material gesammelt wurde, ist Karl Rogowski beauftragt. Der Katalog wird mit Holzschnitten geziert sein.

Mailand, 20. Januar. [Notizen.] Das hiesige Journal „l'Uomo di Pietra“ hat die zweite Verwarnung erhalten. — Der als nützlichster Mörder des Chepaes Gilardoni verhaftete Bediente hat seine That gestanden. — Die Haltung der Bevölkerung ist vollkommen ruhig, der Carneval beliebt.

Prag, 22. Jan. [Militärische Vorbereitungen; Beschlagnahme.] Die politischen Konjunkturen und Kriegesgerüchte haben auch hier einen ersten Eindruck gemacht. Vor wenigen Tagen ist eine Kundmachung erschienen, die den Ankauf von Remontepferden an den fünf Assenirungspunkten Böhmens, in Prag, Mähren, Kattau, Nimburg, Remoschitz, befehlt; die jetzt eingetretene Rekrutierung zieht ebenfalls die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich; es sieht fast aus, als ständen wir am Vorabend eines Krieges. — Die zweite Nummer des hier erscheinenden „Oesterreichischen Morgenblattes“ ist von der Polizei mit Beschlagnahme belegt worden. Diese Konfiskation hat namentlich deshalb allgemeines Interesse, weil sie, wie man wissen will, vom Kardinal-Erzbischof, dem Fürsten Schwarzenberg, ausgegangen ist. Ein Gedicht, „Kaiser Friedrichs Kronenträger“, von Bernhard Endrulat, hat bei demselben wegen seiner religiösen Tendenz Anstoß gefunden. Natürlich wird es seitdem nur noch mehr angesehen und überall gelesen. Merkwürdig ist, daß dasselbe Gedicht in Folge eines von der Redaktion ausgelegten Preises von fünf Dukaten eingekauft war, und die Schiedsrichter ihm den Preis zuerkannt hatten. Wie behauptet wird, soll nun, in Folge der Beschlagnahme, auch der durch den Werth der Poesie gewonnene Preis nicht ausbezahlt werden. (D. N. 3.)

Benedig, 20. Januar. [Padua; Erdstöße.] In Padua herrscht die vollkommenste Ruhe. Man hofft, daß die Wiedereröffnung der Universität in nicht ferner Zeit wieder erfolgen werde. — Gestern Vormittag gegen 9 Uhr fanden hier zwei wellenförmige Erdschütterungen statt.

Hannover, 22. Jan. [Die Stellung der Anwälte; das Jagdgesetz.] Ob die Regierung ihre Macht und Herrschaft über die zweite Kammer den Anwälten nur hat zu fühlen geben wollen? ob die Majorität bei reiferem Nachdenken selber über ihre Folgsamkeit bedenklich geworden ist? Genug, die dritte entscheidende Abstimmung über die Anwaltsgeetze war beinahe ein Versöhnungsfest. Die Männer der katholischen Fraktion hatten die Vermittelung übernommen, sie gaben zu bedenken, was der Advokatenstand im Staate bedeute, was man unter Umständen von ihm zu hoffen und zu fürchten haben könne, und sie warnten vor zu hartem Druck, hauptsächlich vor Uebung einer so kränkenden Censur, wie sie in der Einföhrung niemals ertheilter Rechte liege, möchten diese auch im S. 52 vielleicht zu liberal an die Anwälte vergeben sein. Diese Warnung schien Gehör zu finden; man beschloß Beibehaltung der Anwaltskammern bei allen großen Obergerichten; Herstellung des selbstwählenden Anklägers unter einigen, den Einfluß der Staatsanwaltschaft sichernden Modifikationen; Befestigung des Kassationsinstanz, event. der Civilinstanz des höchsten Gerichts als Berufungsgericht; man verbürgte den Anwälten, daß keine anderen als Justizverwaltungs-Beörden mit ihrer Beaufsichtigung betraut werden dürften und daß die Entscheidung über die

Statthaltigkeit von Neben-Geschäften nach Rechts-Grundsätzen getroffen werde. Diese und andere Milderungen wurden zum Theil sogar unter Zustimmung der Regierungsorgane beschloffen, nur die gesetzliche Befugnis, Mängel in der Gesetzgebung und Verwaltung zu rügen, konnte den Anwaltskammern nicht erhalten werden, weil Herr v. Borries besorgte, daß sie in bewegten Zeiten die Neigung der Advokaten, Führr im Sturm zu sein, auf gefährliche Weise begünstigen und verstärken würde, und weil es ihnen genügen müßte, gleich allen anderen Staatsangehörigen auf dem Petitionswege ihre Wünsche anzubringen. — Das Jagdgesetz ist heute definitiv erledigt, lange nicht nach den Wünschen der Ersten Kammer, aber auch so wenig zur Zufriedenheit der Städte und Freien, daß die letzten Vorschläge, wie sehr sie immer zusammengedrumpft waren, nur mit der allernothdürftigsten Majorität angenommen wurden.

Frankfurt a. M., 22. Jan. [Französische Beschlüsse über die deutsche Presse.] Mittheilungen, welche uns aus mehreren klein-deutschen Staaten zugehen, bestätigen, daß die französische Diplomatie in der neuesten Zeit wieder über die unehrerbietige Sprache der deutschen Blätter Klage geführt hat. Von Zeit zu Zeit wiederholen sich derlei Beschwerden, auch vor den letzten Demonstrationen. Die klein-staatlichen Regierungen scheinen sich hiebei in eine strengere Behandlung der Presse hinein nötigen zu lassen, als in den Groß-Staaten jetzt stattfindet. Der Vorwurf der französischen Freiheit! (R. 3.)

Hamburg, 23. Jan. [Zum Untergang der „Austria“.] Mit der Ansprache an das Publikum, welche die Direktion der Hamburger Aktiengesellschaft in Betreff des Brandes und Untergangs der „Austria“ im Nov. v. J. publizirte, scheint die traurige Angelegenheit noch keineswegs auf sich beruhet zu haben. Wir hören, daß eine Anzahl von Familien, welche von jenem Unfall betroffen sind (in Deutschland und Nordamerika) die betreffende Gesellschaft wegen pekuniärer Entschädigung, mindestens Requisition der Passagegelder, gerichtlich zu belangen entschlossen sind, nachdem ein berühmter deutscher Rechtslehrer sein Gutachten dahin abgegeben, daß durch die eigenen Erklärungen der Direktion die Schuld der Mannschaft an dem Brande außer Zweifel gestellt und nach (auch in Hamburg geltendem) gemeinem Rechte demnach die Verpflichtung der Gesellschaft zur Entschädigung offenbar sei. (3. f. N.)

Seßen, Mainz, 23. Januar. [Französische Preis-Medaillen für den Rheinischen Kunstverein.] Am 15. April beginnt hier die Wanderausstellung des Rheinischen Kunstvereins in Mainz, geht dann nach Strassburg, nachher nach Mannheim u. s. w. Der Verein ist, wenn man die politischen Grenzen in Betracht zieht, allerdings internationalen Charakters, in Wahrheit jedoch rein deutsch nach seinem Ursprunge und seiner ganzen Natur. Auch hat sich Frankreich offiziell niemals um ihn gekümmert. Jetzt plötzlich fühlte sich die französische Regierung veranlaßt, „gelegentlich des großen landwirthschaftlichen Festes“, welches nämlich zu Paris erst vom 24. — 29. Mai abgehalten werden soll, dem Kunstverein, in Anerkennung seines Wirkens für die Nation „zwei goldene Medaillen à 250 Fr. Werth und zwei silberne Gruppen à 150 Fr. Werth zuzustellen, um sie den würdigsten Ausstellern zuzuteilen. Man fragt nun schon, wie eine Pariser „landwirthschaftliche“ Ausstellung, zu welcher Frankreichs Ostdepartements und die Nachbarn in Deutschland und der Schweiz“ allerdings gleichzeitig eingeladen wurden, die Gelegenheit zu solcher Begnadigung eines deutschen Kunstvereins abgiebt? Noch weniger versteht man aber, daß dem Kunstverein diese französischen Gaben zwar „in Anerkennung seines Wirkens für die Nation (für welche?) zur Verfügung gestellt“ wurden, daß jedoch nicht dessen Vorstand, sondern „ein in jeder Beziehung Vertrauen verdienendes Kunstgericht in Strassburg“ die Entscheidung über diese Kunstpreise übernimmt. Man hat nach dem Allen schwerlich Unrecht, wenn man hier an diesen Gaben nicht viel Anderes, als eine Art von Kunst-Helenen-Medaillen erblickt. (D. N. 3.)

Kassel, 22. Jan. [Landtag.] Der Abgeordnete Biegler hat in der Zweiten Kammer folgenden Antrag gestellt: Die Kammer wolle unter Bezugnahme auf den durch Verordnung vom 13. April 1852 publizirten Bundesbeschluß gleich der vorigen Zweiten Kammer an die Regierung das dringende Ersuchen richten, daß die Vorlage der provisorischen Geetze vom Jahre 1851 an gegenwärtigen Landtag Behufs Verathung und Zustimmung der Kammer noch baldigt geschehe. (3. f. N.)

Solstein, Kiel, 23. Jan. [Kath. Gottesdienst.] Auf dem Gute Neuhaus hält sich zur Zeit ein katholischer Geistlicher auf. Am Weihnachtsabend hat derselbe in der gräflichen Kapelle auf Neuhaus einen feierlichen Gottesdienst abgehalten, an dem auch einige Protestanten aus dem genannten Gute Theil genommen. Einem Gerüchte nach soll der Graf Hahn in Folge dieses Gottesdienstes zur Verantwortung gezogen sein. Wir können zwar dieses Gerücht nicht verbürgen, dagegen aber mit voller Bestimmtheit sagen, daß der Graf bald darauf einem seiner Pächter, dessen Leute eben am Gottesdienste Theil genommen, brieflich einen Verweis hat zugehen lassen. Einer der Theilnehmer ist sogar später selbst bei dem Grafen gewesen, um sich wegen seiner Theilnahme am Gottesdienste zu entschuldigen. Die Sache hat in hiesiger Gegend großes Aufsehen erregt, und man ist auf den Ausgang gespannt.

Eugenburg, 22. Jan. [Einführung der Eisenbahnbauten.] Wie es heißt, soll von Seiten des Bundes der Befehl hierhin ergangen sein, die Eisenbahn-Arbeiten im Innern der Festung zu sistiren.

Großbritannien und Irland. London, 22. Jan. [Tagesbericht.] „Daily News“ zufolge hegt der Kaiser der Franzosen den Wunsch, sich mit England zu dem Zwecke zu verständigen, Oesterreich Kollektiv-Vorstellungen zu machen über die in Italien vorzunehmenden Reformen, welche die bleibenden Interessen Europas als wünschenswerth erscheinen lassen. — Eine Pariser Korrespondenz des „Morning Herald“ versichert, der Kaiser werde auf seinem Entschlusse beharren, Italien von dem auf ihm lastenden schweren Joche zu befreien. — Die „Times“ empfiehlt in einem Leitartikel die neapolitanischen sogenannten Amnestirten der Gastfreundschaft der Vereinigten Staaten und drückt zugleich die Zuversicht aus, daß ihrer daselbst ein herzlicher Empfang harre, wie er ihrer ohne Zweifel gewartet haben

würde, wenn man sie nach England statt nach Amerika geschickt hätte. Ihren Weinigen jedoch habe es geschienen, daß England zu nahe bei Italien liege, um einen solchen für die Ruhe des Königreichs beider Sicilien so gefährlichen Schritt zu rechtfertigen. Die Blätter melden den Tod zweier Peers, nämlich des Earl von Charleville und des Lord Northwick. Ersterer starb am Donnerstag zu Charleville Forest, bei Tullamore in Irland. Sein vollständiger Titel lautet Charles William George Bury, Earl von Charleville, Viscount Charleville und Baron Tullamore. Die Pairie geht auf seinen im Jahre 1852 geborenen Sohn Charles William Francis über, welcher als Vierter des Hauses den Earl-Titel führen wird. Der verstorbene Lord Northwick, mit seinem vollständigen Namen John Rushout, Baron Northwick, hatte das Alter von 89 Jahren erreicht. Er war ein großer Freund der schönen Künste, und seine Gemälde-Galerie zu Chislestone-House in Cheltenham erfreut sich eines großen Rufes. Der Titel geht vermuthlich auf seinen Neffen George Rushout, konservatives Parlamentsmitglied für Ost-Worcestershire, über. — Der hochwürdige Mr. Spurgeon stellt die vielverbreitete Angabe, als habe er eingewilligt, in New-York für 10,000 Pfd. St. vier Predigten zu halten, in Abrede, aber gleichzeitig kündigt er seinen Verehrern an, daß er eine Reise nach Amerika im Sinne habe. Wahrscheinlich hofft er mit seinen merkwürdigen Kanzelreden dort mehr als die genannte Summe zu verdienen, und alle, die das amerikanische Publikum kennen, finden diese Erwartung gerechtfertigt. — Die Aktionäre des Krystall-Palastes haben unter sich abgestimmt, ob sie den Krystall-Palast an Sonntagen zu ihrer und ihrer Familien ausschließlicher Benutzung offen halten sollten oder nicht. Das Publikum für Geld zuzulassen, verbietet der Charter ausdrücklich. 75,764 stimmten gegen, 92,785 für die so sehr verpöbete Sabbath-Schändung. — In Kentish Town, einer der nördlichen Vorstädte Londons, ist vorgestern Abends wieder einer jener Unglücksfälle vorgekommen, die in neuester Zeit erschrecklich häufig geworden sind und bei gezeimender Voricht offenbar vermieden werden könnten. Ein im Bau begriffenes Haus stürzte zusammen, während die Bauleute bei der Arbeit waren. Mehrere darunter wurden lebensgefährlich beschädigt und mußten mit zerbrochenen Armen, Beinen und Rippen ins Hospital geschafft werden.

[Garnisonbefehl in Malta in Betreff der Katholiken.] In Malta ist ein neuer Garnisonbefehl erschienen, daß alle Posten ins Gewehr treten müssen, wenn der Erzbischof vorübergeht, daß alle Schildwachen das Gewehr präsentiren müssen, wenn die heilige Monstranz vorübergetragen wird. Darob fühlen sich, wie es heißt, mehrere Offiziere in ihrem anglikanischen Gewissen gekränkt. Kapitän Sheffeld, der sich offen weigerte, diesem Befehle Folge zu leisten, befindet sich vorläufig in Arrest und wird wahrcheinlich vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Eine dergleichen Verfügung existirte übrigens schon früher und gab, namentlich wenn Presbyterianer unter schottischen Regimentern in Malta lagen, zu wiederholten Beschwerden Anlaß. Schon vor mehreren Jahren war General Aldington, der jetzige Kommandant von Dover Castle und damals Artilleriechef in Malta, seines Postens enthoben worden, weil er sich auf Bestimmteste geweigert hatte, die heilige Monstranz zu salutiren.

Frankreich.

Paris, 22. Jan. [Die Rüstungen; Frau Cavaignac.] Ueber die Haltung Rußlands beim Bruche des Friedens vernimmt man bis jetzt nichts Bestimmtes. Sicher ist, daß dasselbe kauft. Man weiß jedoch nicht mit Bestimmtheit, ob es bereits an der östreichischen Grenze Truppen zusammenzieht (s. unten). In den Aulieren mag man jedoch wohl jetzt auf offizielle Weise unterrichtet sein, denn Hr. v. Seebach, dieser deutsche Diplomat in russisch-französischen Diensten, ist seit drei Tagen aus Petersburg zurück und hatte nach dem Tage seiner Ankunft in Paris eine lange Konferenz mit Louis Napoleon. Gestern begab sich derselbe nach Brüssel, und an der Börse versicherte man, er habe dort eine nicht-deutsche Mission. Bezeichnend ist es, daß man hier jetzt Herrn v. Seebach den „Wiederhersteller des Rheinbundes“ nennt. (Abgeschmackt! Wenn man in Paris von einem neuen Rheinbunde träumt, so weiß man gar nicht, wie es jetzt in Deutschland aussieht, und wird unfaßlich aus seinen Träumen aufgerüttelt werden. Rheinbund! der bloße Name treibt Schamröthe in jede deutsche Wange.) Was England betrifft, so versichert man, daß dasselbe aufs Eifrigste rüste, und daß der indische Krieg es nicht verhindern werde, am Tage der Gefahr kampferüstet dazustehen. — Die Pariser Journale veröffentlichen einen Brief der Frau Cavaignac, geb. Odier, worin dieselbe ankündigt, daß sie ihre Aussteuer den Gläubigern ihres Vaters, der Bankerut gemacht hat, überläßt. Cavaignac hatte diese Idee schon vor seinem Tode, und seine Frau führt sie aus, weil sie dieses seinem Andenken sich selbst und ihrem Sohne schuldig sei. (R. 3.)

[Tagesnotizen.] Die Abwendung von Rekruten nach Algerien dauert fort, und die Dampfer, welche diese Leute hinüber-schaffen, sind bereits zur Aufnahme kriegsgewaltiger Regimenter in Algerien eingerichtet. In den Mittelmeer-Häfen wird fortwährend Proviant aufgehäuft, und große ungewöhnliche Verträge zur Beförderung von Zwieback, dünnen Gemüsen u. s. w. wurden und werden fortwährend in Doulon und andern Plätzen abgeschlossen. — Der französische Konsul Place in Sassy ist seiner Verdienste wegen (um die Unionsbewegung natürlich) zum General-Konsul ernannt worden. — Der „Moniteur“ veröffentlicht heute das Reglement für die kaiserliche Forstschule in Nancy, welche zur Ausbildung von Forstjünglingen bestimmt ist, und für welche der Kaiser vier Stipendien für Forstbeamten-Söhne gegründet hat. Die Stipendien betragen 1500 Fr. während des Besuchs der Schule und 600 Fr. während der Forstamts-Kandidatur.

[Unterdrückung des Aufstandes in Algierien.] In den Gebirgs-Landschaften des Aures, im Süden der algerischen Provinz Konstantine, wohnen Stamm-Genossenschaften, welche nur geringen Verkehr mit den neuen Herren des Landes, den Franzosen, pflegen und deshalb dem Einflusse fanatischer Marabuts noch zugänglich, als in den von Etappenstraßen durchschnittenen Gegenden, sind. Im Aures nun predigte seit einiger Zeit Si-Sadot den heiligen Krieg. Die französischen Lokalbehörden ließen der Sache anfangs wenig Beachtung schenken zu haben, ja, man hat sogar behaupten wollen, der algerischen Militärpartei sei der Spel-takel erwünscht gewesen, um Belege zu dem Fabelglauben zu liefern, daß Algerien durchaus noch nicht reif für die Civil-Verwaltung sei. Als der Aufstand jedoch weiter um sich griff, eilte der gerade

in Paris anwesende Oberbefehlshaber der algerischen Streitkräfte, General Mac Mahon, nach Alger und traf seine Anordnungen so rasch und energisch, daß der „Moniteur“ bereits von demselben folgende, im Ministerium für Algerien eingetroffene telegraphische Meldung bringt: General Desvaux (der Territorial-Kommandant) ist am 13. Jan. in Zibidjuria angelangt; Si-Sadot's Gumm, der sich seinem Einmarsche widersetzen wollte, ward am 14. zurückgeschlagen, und die Kolonne besetzte hierauf El-Rsar. Am 15. schickte General Desvaux seine einheimischen Reiter nach Gulea-Dchedida, wo sie in Si-Sadot's Vorrathshäusern eine ansehnliche Beute machten. Die Stämme, die am Süd-Abhänge des Amor-Schad an wohnen, haben um den Aman gebeten (S. Nr. 17). Der General hat Geißel von ihnen verlangt und wird ihnen eine Kriegs-Kontribution auferlegen. Si-Sadot ist dem Vernehmen nach auf der Flucht, doch weiß man noch nicht, wohin er sich gewandt hat.“

Paris, 23. Januar. [Tel. Dep.] Das heutige „Memorial Diplomatique“ demüthigt die Nachricht von dem Abschlusse eines Schutz- und Trug-Bündnisses zwischen Frankreich und Sardinien; es glaubt im Stande zu sein, auf Grund bestimmter Erkundigungen zu behaupten, daß man an einer Stelle, wo man am besten unterrichtet sein sollte, nichts von einem solchen Vertrage wisse. Dasselbe Blatt widerpricht ferner der Nachricht von dem Zusammenziehen von russischen Truppen an der österreichischen Grenze; eine offizielle Kunde sei darüber nicht nach Paris gelangt.

Belgien.

Brüssel, 21. Jan. [Strafgesetzbuch; Volksschulen.] Die Revisionskommission des Strafgesetzbuches hat sich in ihrer letzten Sitzung wiederum mit den Vergehen der Geistlichen beschäftigt und ist bei dem Entschlusse stehen geblieben, daß die Pastoral-Briefe den Bestimmungen des gemeinen Rechtes unterworfen und deren Verlesung von der Kanzel herab in kirchlichen Versammlungen allen übrigen Reden gleichgehalten sein sollen. — In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam bei Gelegenheit einer an die Kammer gerichteten Petition die wichtige Frage des obligatorischen Schulunterrichts zur Verhandlung. Herr Desre sprach sich sehr warm für dieses durch die Erfahrung in anderen Ländern erprobte Prinzip und zugleich für den Ausschluß der Geistlichkeit „als Autorität“ vom Volksunterricht aus. Herr Rogier erklärte, er sei genehm, in Betreff der Schulfrage „sehr weit“ zu gehen, doch wünsche er, ehe das anderwärts befolgte System der Geld- und Gefängnisstrafen für widergesetzliche Eltern einzuführen sei, die mildere Methode der Aufmunterungen und Belohnungen zu versuchen. Zu diesem Zwecke müssen aber vor Allem Schulhäuser und Lehrer in genügender Anzahl vorhanden sein, für welche die Regierung denn auch demnächst die Eröffnung eines Kredites von den Kammern verlangen werde. Bedeutende Kosten werde das allerdings verursachen; ein aufgeklärtes Land wie Belgien dürfe sich aber derartige Ausgaben nicht mehr scheuen lassen. In Bezug auf die Derivation der Geistlichkeit beim Volksunterrichte sprach der Minister sich jedoch gegen den Ausschluß derselben aus, indem, wie er hinzufügte, eine solche Maßregel einem Gewissenszwange gleich kommen würde. Die Berathung wird fortgesetzt. (R. Z.)

Schweiz.

Bern, 20. Jan. [Rüstungen in Savoyen.] Aus Genf erfährt man, daß die ganze Besatzung von Chambéry und der andern savoyischen Städte nach Turin berufen wurde. Seit dem 16. d. steht die savoyische Nationalgarde unter Waffen und versteht den Dienst der stehenden Truppen. Die Besatzung von Besançon ist bis auf 16,000 Mann durch die französischen Kerntruppen verstärkt worden. (Pr. Z.)

Bern, 21. Januar. [Militärisches.] Der Bundesrath hat, wie der „Nord“ meldet, eine halbe Million Fr. bewilligt, um sofort die Gewehre der schweizerischen Infanterie gegen Perkussionswaffen auszutauschen.

Italien.

Neapel, 21. Jan. [Entdecktes Komplot.] Ueber die von Paris und London hierher gelangten Mittheilungen ist noch Folgendes nachzutragen: Nach dem Attentat Orsini's ist in London eine besondere Polizei zur Ueberwachung der politischen Flüchtlinge organisiert worden. Diese zur Hälfte französische, zur andern Hälfte englische Polizei ist in der neuern Zeit zur Kenntniz von Komploten gelangt, welche am Tage der Vermählung des Kronprinzen in Neapel ausbrechen sollten. Die Hauptstadt sollte der Schauplatz eines Aufstandes werden, und eine in der Nähe bemerksstellte Landung sollte den Aufstand weiter durch das Land fortpflanzen. In einem Hause in der Nähe von Neapel wurden drückerische Handgranaten entdeckt, doch die Verbreitung politischer Flugschriften und des Bildnisses des Königs Murat konnte man nicht verhindern.

Turin, 18. Jan. [Militärische Maßnahmen.] Die aus Wien abgeordneten österreichischen Truppen fassen Position auf der Po-Einie. Sie halten gegenwärtig die Städte Bergamo, Crema und Lodi besetzt. Allein in Bergamo stehen 4000 Mann. Die österreichischen Besatzungen von Piacenza, Ferrara, Bologna und Ancona haben Verstärkungen erhalten. Auch arbeitet man stark an den Befestigungen der letztgenannten Stadt. Ungeachtet der Beschwerden des Gemeinderathes von Ancona hat die päpstliche Regierung keinen Einwand gegen die von den österreichischen Behörden ergriffenen Maßregeln erhoben. — Das österreichische Truppen-Kommando hat die Municipalität von Ferrara aufgefodert, die Citadelle zu verproviantiren. Die Municipalität weigerte sich. — Oesterreich fordert von Toskana Soldaten und Geld für den Kriegsfall. Das toskanische Ministerium ist uneinig, der Großherzog nach Neapel abgerückt.

Turin, 19. Jan. [Truppen nach Genua; Rüstungen etc.] Die Journale Nizza's sind voll Lobeserhebungen hinsichtlich der „edlen Hülfe und Unterstützung“, welche der Kommandant der russischen Korvette „Kurik“ der Infanterie-Brigade Piemont bei ihrer Einschiffung nach Genua angedeihen ließ. Der „Kurik“ stellte dem piemontesischen General Molard, welcher die Einschiffung leitete, sämtliche Schuppen und Mannschaften zur Verfügung, was die Abfahrt der Truppen bedeutend beschleunigte. Die russischen und piemontesischen Offiziere umarmten sich beim Abschiede und riefen sich mit einem gewissen Nachdruck „à revoir!“ zu. — Man spricht von einem Befehl des Kriegs-Ministeriums, nach welchem binnen 3 Wochen in dem besetzten Lager von Casale 60,000 Mann konzentriert sein müssen. — Die piemontesischen

Journale kündigen mit großer Befriedigung die französischen Rüstungen an und heben vornemlich die Anfertigung von 75 Batterien sogenannter Kanons-Empeur hervor, welche sie das „Brantgeschent“ nennen, das der Kaiser Napoleon der Prinzessin Klotilde bestimmt habe. — Das „Moymento“ bringt die Nachricht, das Ministerium des Innern in Turin habe an die piemontesischen Behörden an der lombardischen Grenze ein Zirkularschreiben gerichtet, nach welchem österreichische Desertoren und Rekrutirungs-Flüchtlinge nicht mehr ausgeliefert werden dürfen. (Std. P.)

[Rüstungen; die Haltung der italienischen Flüchtlinge.] In Genua herrscht ein reges militärisches Treiben, und die Festungswerke der Stadt sind in vollständigen Vertheidigungszustand gesetzt worden. Eine Volksversammlung, welche am 14. d. dort abgehalten wurde, verlangte mit großem Tumulte die Bildung eines Freikorps, welches unter dem Befehl Garibaldi's zu stehen hätte. Derselbe wirkt gegenwärtig auf der Insel Sardinien zwei Verjagere-Bataillons, welche er dem Kriegs-Ministerium binnen vier Wochen verspricht. — Natürlich sind vor Allen die Mazzinisten in voller Thätigkeit, um die allgemeine Verwirrung vielleicht zu einem Handreich zu benutzen. Viele italienische Flüchtlinge sind in letzter Zeit von der Insel Sardinien und Frankreich nach Genua gekommen, wo sie ein immer mehr herausforderndes Benehmen zur Schau tragen. Auch sprach man in den letzten Tagen von einer neuen bewaffneten Flüchtlinge-Expedition gegen Neapel. Nach den jüngsten Mittheilungen, welche aus Neapel in Genua hinsichtlich der formidablen Rüstungen der neapolitanischen Regierung eintreffen, dürfte das berühmte Flüchtlings-Projekt wahrscheinlich unterbleiben. (Wien. Z.)

Turin, 20. Januar. [Die Adresse des Senats] an den König wurde in der gestrigen Sitzung vorgetragen. Dieselbe ist etwas friedlicher gehalten, als die der Deputirtenkammer, und lautet wie folgt: Sie! In dem Leben der Völker treten zuweilen so feierliche Augenblicke ein, wo man den Wünschen einen Raum anlegen und die Eintracht mit der Festigkeit des Willens vereinigen muß. Indem Ew. Majestät an das Werk der bürgerlichen Reformen erinnert, so wie an die Sorge für die gewünschten Ersparnisse, sieht Sie in einem düstern Horizonte Anzeichen von Verwickelungen und vielleicht von naher Gefahr. Unerbitterlich in der Achtung der Verträge, aber auch voll Fürsorge für die italienischen Geschicke, ermuntert uns Ew. Majestät, von der göttlichen Fürsorge das Mittel für unsere unverdienten Leiden zu erwarten. Der Senat des Königreichs, getreu seinem Mandate, wird der Regierung Ew. Majestät die loyale Unterstützung seiner Untersuchungen und seiner Erfahrung für die Verbesserung der Geseze und der innern Lage des Landes weihen, das in einigen Theilen durch die schlechte Ernte und die Wirkungen einer langen Handelskrise gelitten hat. Mit ihnen daran arbeitend, die Wirkungen vergangener Uebel wieder gut zu machen, und für das Glück der Zukunft zu sorgen, werden wir immer in der nämlichen Zuneigung, in einem einzigen Wunsche, in einer einzigen Hoffnung den Ihum Ew. Majestät, die Ehre Ihrer Krone, die Freiheit, die Größe und das Wohl des Vaterlandes vereinen.

[Mazzini's Ansichten über das Verhältniß Piemonts zur italienischen Frage.] Mazzini legt im „Pensiero“ seine Ansichten über das Verhältniß Piemonts zur italienischen Frage in folgender Weise dar: „Der piemontesische Monarchie liegt die Sache Italiens am Herzen; aber ihr Vertrauen ruht auf fremden Allianzen. Auf diese hat man also bei jedem Schritte Rücksicht zu nehmen. Piemont ist gefesselt durch Verträge, die zu zerreißen es nicht den Willen und auch nicht den Muth hat. Wenn Ihr aufsteht und stark seid, sage der König Victor Emanuel, so werdet Ihr damit die Verträge zerreißen haben, und werdet mich dazu auf Eurer Seite finden. Wenn Ihr unterliegt, so werde ich Euch bellagen, aber mich in die Thatfachen schiden und nicht für Euer Bestes meine Krone auf das Spiel setzen. Die Thronrede konnte nicht anders sein. Aber was in der Ansprache eines italienischen Königs am Vorabend großer Ereignisse stehen konnte und stehen sollte, was die Partei, die seit einem halben Menschenalter für ein Nationalbanner kämpft und stirbt, ein Recht hatte zu erwarten von einem Monarchen, der Krieg prophezeit und die Diktatur fordert, war ein Pfand dafür, was er thun werde, im Falle die Prophezeiung sich erfülle, ein Wort darüber, wie die piemontesische Monarchie das Programm der Zukunft versteht, eine Andeutung an Freunde und Feinde, daß, wenn die Verhältnisse Piemont einmal gezwungen, das Schwert zu ziehen, dasselbe nicht wieder in die Scheide gehen werde, ehe nicht ein einiges Italien hergestellt. Der König hat nichts von dem gethan. Sein Kabinet erwartet, daß die Nation, wenn die Stunde geschlagen, mit verbundenen Augen kämpfen werde. Der König hat zu wählen, es steht bei ihm, ob er das Volk zu den Waffen rufen will zur Eroberung eines gemeinsamen Vaterlandes oder zur Vergrößerung der Besitzungen des Hauses Savoyen, um alle Fremden aus den Grenzen Italiens zu vertreiben, oder um mit neuen Freunden neue Einrichtungen, die nicht die unsrigen sind, auf dem Boden zu treffen, den Gott uns gegeben hat. Der Krieg für die Vergrößerung des königl. Hauses ist nicht unser Krieg. Wir wollen den Krieg gegen Oesterreich, aber nicht für die Territorialinteressen einer Familie, sondern für ein einiges Italien. Wir wollen den Krieg gegen Oesterreich, aber wir wollen nicht an der Seite eines andern Ausländers kämpfen, der auf den Leichen unserer Besten eine militärische Usurpation gegründet hat zum Besten der römischen Tyrannei. Wir wollen den Krieg gegen Oesterreich, aber wir wollen nicht unterwegs verrathen werden, und in einem Kriege, dessen Verlauf so augenscheinlich mit den Ansprüchen des Mannes verknüpft ist, der die Verkörperung des Despotismus ist, der Frankreich durch Eroberungen wieder zu verschonen trachtet, der das Wort des ersten Napoleon wiederholt hat: das Mittelmeer muß ein französischer See werden, in einem solchen Kriege ist der Verrath früher oder später unausbleiblich.“

Spanien.

Madrid, 17. Jan. [Das Preßgesetz; außerordentliches Budget.] Das Preßgesetz, welches den Cortes vorgelegt werden soll, wurde vom Ministerrath genehmigt; in wenigen Tagen wird es im Kongresse verlesen werden. Es ist der Preßfreiheit günstig und mit liberalen Intentionen abgefaßt. Die Journal-Unternehmer werden durch seine Annahme wesentlich gewinnen. Außer Herabsetzung der Kautionssummen sind auch den verantwortlichen Herausgebern Erleichterungen eingeräumt (s. unten). —

Die Kommission der Abgeordnetenkammer, beauftragt, einen Bericht über das außerordentliche Budget von 2000 Mill. Realen zu erstatten, hat ihre Arbeiten beendet. Die Konklusionen sind der Regierung günstig.

[Verhältniß zu Rom; der Herzog von Montpensier.] Man sagt, daß die Angelegenheit mit Rom dem Kabinette keine große Verlegenheiten bereiten werde, da der General Dommell fest entschlossen sei, nichts ohne Einverständnis mit dem Papste zu thun, und dies dem Nuntius versichert. — Es scheint, daß der Herzog von Montpensier eine Reise nach Italien beabsichtige, in Hinblick auf die obwaltenden Verhältnisse aber von der Regierung davon abgebracht wurde.

Madrid, 19. Januar. [Preßgesetz; Ausstellung.] Das neue Preßgesetz fordert von den Herausgebern nur, daß dieselben sich im Vollbesitze der bürgerlichen Rechte befinden. — Im Jahre 1862 soll hier eine spanisch-amerikanische Ausstellung stattfinden. (A. D.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 16. Januar. [Ausruf an die Grundbesitzer des Gouvernements Samara; neue jüdische Schule.] Der Civilgouverneur des Gouvernements Samara erläßt in den Zeitungen eine Erklärung, in welcher er darüber Klage führt, daß viele Grundbesitzer aus den südlichen Distrikten dieses Gouvernements sich in andern Theilen Rußlands aufhielten und sich um ihre Güter gar nicht kümmerten. Er droht mit einer Stellung ihres Eigenthums unter die Adelskuratel für den Fall, daß die gesetzlichen Steuern noch fernherhin ausblieben. Wahr ist es, daß in keinem Gouvernemente so große Strecken Landes brach liegen und so vieles Eigenthum der Benutzung völlig entzogen ist, als eben im gedachten Gouvernemente Samara; auch wird nirgends so viel um von den Bauern als herrenloses Gut angesehenes Land prozessiert als in Samara. Die Ursache dieser Uebelstände, deren Abhilfe der öffentliche Ausruf des Gouverneurs begehrt, liegt darin, daß bekanntlich unter den früheren Regierungen große Strecken Landes verlehnt wurden, während die Besessenen häufig die Mühe scheuten, ihre Besitzungen vermessen zu lassen oder auch nur einmal mit dem Fuße zu betreten. Die Erzielung von Einnahmen war das einzige, was den Besizer an Herzen lag, während sie doch bei besserer Verwaltung leicht das Doppelte, ja Dreifache der Einnahme hätten gewähren können. — In Elisabetgrad ist in den ersten Tagen des Dezember eine neue jüdische Schule (Talmud-Schule) mit großer Feierlichkeit eröffnet worden, der von der Krone eine besondere Wichtigkeit scheint beigelegt werden zu sollen, da sie für drei Klassen von Schülern eingerichtet ist, während die meisten der übrigen jüdischen Schulen deren nur zwei, ja eine zählen. (Pr. Z.)

[Lob der amerikanischen Institutionen.] Die russische „Akademie-Zeitung“ benutzt die letzte nordamerikanische Präsidentenbotschaft zu einem glühenden Lobe der freien Entwicklung Amerikas. Sie sagt: „In Europa verlangen wir viel zu viel von den Regierungen und von dem Gesez. Wir sind gewöhnt, auf den Staat wie auf die Vorsehung zu blicken, und wir begreifen nicht, daß ein solcher Verfall der Kräfte, ein solches geringes Vertrauen auf die eigenen Mittel uns zuletzt an den Rand des Verderbens führen kann. Bald werden die Leute in Europa nicht mehr ohne Hülfe denken und gehen können. In Amerika ist das System unbekannt, welches in nichts besteht, als in endlosen Forderungen und Erwartungen alles dessen, was die Regierung thun soll. Was sehen wir dort? Gott gab den Menschen Verstand und Kraft; du hast Raum und Willen, mache dich ans Werk, arbeite, sei ein Mensch und hoffe mehr auf dich selbst, als auf andere. Durch diese Regel werden in den amerikanischen Staaten die Gesellschaft und die Regierung geleitet, und darum gedeihen die Menschen wie Kinder, die man beständig an die Veränderlichkeit des Wetters gewöhnt hat. Wir in Europa sind durch die Sorgsamkeit unserer Regierungen verzärtelt, auf die wir wie auf die Vorsehung blicken, und diese Lage der Dinge dauert bei uns so lange, bis unsere Forderungen eine Gestalt annehmen, daß es nicht möglich ist, sie zu erfüllen. Dann, bei einem unfreundlichen Worte schmelzen wir mit unsern zu fürsorglichen, zu aufmerksamen Eltern.“ (Schl. Z.)

Warschau, 22. Jan. [Begnädigungen; Theilnahme für Hinne.] Der Kaiser hat auf Vorstellung des Fürsten-Stathalters folgenden polnischen Verbannten: Anton Wojciechowski, Konstantin Wladimir, Michow Morowicz mit Frau und Kindern, Ludwig Sinkenstein, S. Johann Kraskinski und Lorenz Janowicz in ihr Vaterland zurückzuführen gestattet. — Die Theilnahme für Hrn. Hinne war allgemein und äußerte sich in mannichfachen Kundgebungen. Es galt, um jeden Preis und so schnell wie möglich eine Totalität zu schaffen, wo er seine Produktionen wieder aufnehmen könnte. Doch wie das ermöglichen? Da nahm sich der Sache Oberst Graf Hauke, Chef der hiesigen Feuerwache an, und setzte es, allerdings nur, indem er seine Bemühungen bis zur Aufopferung trieb, durch, daß Hrn. Hinne die königl. kaiserliche Reitschule zur Disposition gestellt wurde, so daß derselbe wahrscheinlich demnächst seine Vorstellungen wieder aufnehmen können. (Br. Z.)

Fürstentümer.

Konstantinopel, 14. Jan. [Die Donaufürstenthümer.] Mit dem Gange der Dinge in den Fürstenthümern, namentlich in der Moldau, ist man in Konstantinopel fortwährend sehr unzufrieden, und das „Journal de Constantinople“ hebt u. A. mißbilligend hervor, daß die „Moldauer Zeitung“, das einzige halbamtliche und konservative Blatt, welches im Fürstenthume bestand und seit 20 Jahren von allen Regierungen geachtet wurde, zu großem Aergerniß des Landes so eben unterdrückt worden sei.

Belgrad, 14. Jan. [Freudendemonstration.] Eben wird die ganze Stadt illuminiert zu Ehren des nun von der Pforte bestätigten Fürsten Milosch, und Musikbänden und jubelnde Massen ziehen durch die Straßen und rufen: „Schiwo Knjas Milosch!“ (Es lebe Fürst Milosch!) Ein Gang durch die Stadt zeigt, daß sie glänzender und allgemeiner erleuchtet ist, als gewöhnlich bei angelegten Illuminationen der Fall ist. Auch die Konjulgatsgebäude haben illuminiert, was auf eine Anerkennung Milosch's auch Seitens der auswärtigen, hier vertretenen Großmächte deutet; selbst die Wohnungen der nächsten Anverwandten des vertriebenen Fürsten Alexander, wie seines Neffen, des Oberstleutnants Georg Karageorgewitsch, seines Schwiegersohnes, des gewesenen Ministers Nikolajewitsch, und auch diejenigen Häuser, deren Besitzer oder Bewohner wegen ihrer Anhänglichkeit an das Haus Karageorgewitsch gefangen

gen sind, waren erleuchtet. Die betreffenden Gefangenen werden übrigens nur in Sicherheitshaft gehalten, sonst aber standesgemäß behandelt werden. (E. Z.)

Belgrad, 16. Jan. [Rückkehr des Fürsten Miloš.] Mittels einer heute Morgen in Semlin eingelaufenen telegraphischen Depesche wurde das Donau-Dampfschiffahrts-Inspektorat von seiner Direktion beauftragt, den Schiffskapitän und Kommandanten des Dampfschiffes „Diana“, Frassanovich, anzuweisen, sich unverzüglich zu Lande nach Turn-Severin zu begeben, dort das Kommando des Dampfschiffes „Sechembi“ zu übernehmen, mit diesem Schiffe nach Gurgewo zu fahren, dort Se. Durchlaucht Fürst Miloš zu erwarten, an Bord zu nehmen und um jeden Preis, und sollten auch des Ganges wegen einige Radfahrer auf Grund gehen, nach Serbien zu bringen. Kapitän Frassanovich wurde von Fürst Miloš eigens dazu verlangt. Bei seiner Abdikation im Jahre 1839 führte ihn dieser Kapitän von Serbien weg, und da soll der Fürst demselben gesagt haben, daß, wenn er ihn je wieder nach Serbien zurückführen sollte, er (der Fürst) für seine Zukunft Sorge tragen werde. Immerhin bleibt es ein charakteristischer Zug des Fürsten Miloš, daß er nach 20 Jahren sich dessen noch erinnerte. 40 Deputierte der Skupstina verließen heute Belgrad, um den Fürsten Miloš beim Eintritt in das Fürstenthum zu empfangen. Belgrad wurde vorgestern und gestern und wird auch heute belagert.

Belgrad, 19. Jan. [Fürst Miloš; Skupstina-Gesetz.] Morgen reist Fürst Miloš zu Lande ab, trifft am Sonntag in Krajowa, Montag in Turn-Severin ein und wird bei Kladowo das serbische Territorium betreten. — Das modifizierte Skupstina-Gesetz, so wie ein Programm für den Empfang des Fürsten Miloš ist ausgegeben worden. Stevza empfängt als Stellvertreter des Fürsten die Besuche der betreffenden Autoritäten.

Griechenland.

Athen, 13. Januar. [Ordensverleihung.] König Otto hat der Königin Viktoria das Großkreuz des Erlöser-Ordens verliehen.

Jonische Inseln.

Korfu, 18. Jan. [Das jonische Parlament.] Herr Gladstone hat die Deputierten der jonischen Inseln verlammet. Die Blätter berichten über die Konferenz, welche er mit ihnen hatte. Die Abgeordneten verlangten sämtlich die Revision der Verträge von 1815, so wie die Einverleibung in das Königreich Griechenland, und weigerten sich, vor stattgehabter Lösung die beabsichtigten Reformen zu prüfen.

Asien.

Bombay, 24. Dez. [Vom Kriegsschauplatz.] Tania Topt marschirt gegen Andipur. Die Engländer haben zu Smalior 600 Hindus unter der Anlage der Verhöhnung verhaftet. Rana Sahib, der sich zu einer schleimigen Flucht von dem 30 englische Meilen nördlich von Baratsch gelegenen Schurda genötigt gesehen hatte, war in ein nordwestlich von dort im Dicht gelegenes Fort geflüchtet.

[Die Operationen in Kachinchina.] Das „Pays“ hat Briefe aus Kachinchina. Die Regen, welche Anfangs November nachließen, stellten sich gegen Ende des Monats mit neuer Stärke ein, und es ist wahrscheinlich, daß die Operationen der Alliierten nach dem Innern, für welche übrigens Alles bereit ist, nicht vor Mitte Januar beginnen werden. Die anantische Regierung forderte Ende November die Verbündeten zum zweiten Male auf, das Territorium zu räumen, wenn sie nicht die furchtbarsten Strafen erdulden wollten. Auch gegen die Christen dauerte, nach Berichten aus Hue, die Verfolgung in gräßlicher Weise fort.

[Hinrichtung des Bischofs Melchior.] Das „Pays“ enthält Berichte aus Kachinchina, in denen die bekannte Hinrichtung des Bist. Melchior geschildert wird. Darin wird mitgeteilt, daß der Mandarin, welcher bei der Hinrichtung gegenwärtig war, Befehl erteilte, die auf dem Plage befindlichen fünf Elephanten über die Leiche hinzuführen, um sie als Zeichen der Verachtung mit Füßen treten zu lassen. Die edlen Thiere aber, von ihrem Instinkt geleitet, weigerten sich, diese Profanation zu vollführen. Vergebens versuchte man sie dazu zu zwingen, und zwei derselben geriethen in solche Wuth, daß auf die Ausführung des erteilten Befehls verzichtet werden mußte. Als der Kaiser dies erfuhr, verurtheilte er die fünf Elephanten zum Tode und beschloß, daß ihre Hinrichtung außerhalb der Thore der Stadt erfolgen solle. Dieser Befehl wurde unter Aufgebot enormer Streitkräfte ausgeführt, die Elephanten aber vertheidigten sich so gewaltig, daß man sie mit Kanonen niederschließen mußte.

Batavia, 24. Nov. [Expedition gegen Boni.] Wie es heißt, dürfte demnächst von hier unter dem Befehle des mit der letzten Ueberlandspost eingetroffenen Generals Steinmeier eine Expedition von circa 5000 Mann gegen Boni, den Hauptstaat der Insel Celebes, abgehen. Der Sitz der Regierung von Boni ist am Ufer der Bai von Boni gelegen und gut und stark besetzt. Ob der Sultan von Boni die Holländer gereizt hat, oder ob diese Expedition lediglich deshalb ausgerüstet wird, um etwanigen Niederlassungen ableiten anderer europäischer Mächte zuvorzukommen, läßt sich nicht in Erfahrung bringen, da die hiesigen Blätter der ganzen Angelegenheit so gut wie gar keine Erwähnung thun. (E. N.)

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Dem kurzen Bericht über die Sitzung am 21. Jan. in Nr. 18. lassen wir nachstehend einen ausführlicheren folgen, soweit es um Wahlentscheidungen sich handelt. Am Ministerische befanden sich die Minister v. Mierswald und Blottwell. Unter den Mitgliedern bemerkte man, wie schon erwähnt, den Abgeordneten für Baden, Ministerpräsidenten a. D. v. Mantuffel, der von den Mitgliedern der Fraktion Armin-Heinrichsdorff sehr herzlich begrüßt wurde.

Bei den Wahlprüfungen erhebt sich in Betreff der Wahl des Ministers v. Patow eine Debatte über die Einflüsse des Wahlkommissars v. Werder. Abg. Hartmann giebt nähere Aufschlüsse, die er unendlich belegen zu können versichert. Er erwähnt zwei amtliche Erlasse des Wahlkommissars, von denen der eine den Zweck hatte, der Wahl des Hrn. v. Patow entgegenzutreten, der andere aber vor den Bestrebungen der sogenannten Ministeriellen warnte und alle Freunde des Königshauses, des Vaterlandes und seiner geordneten Entwicklung aufforderte, sich nicht von Leuten leiten zu lassen, die zuvor nie auf Seiten einer preussischen Regierung gestanden hätten. „Wenn“, so fährt der Redner fort, „der Wahlkommissar in gedachten amtlichen Erlässen ehe, aber scharf gegen die Wahl eines Mannes auftritt, der durch Vertrauen des Regenten zu dem Posten eines Ministers berufen war, wenn der Wahlkommissar ausgespricht, daß die Wahl des Herrn v. Patow anderwärts gesichert und daß es kein christliches Spiel sei, den Herrn v. Patow als Kandidaten aufzustellen, weil, wenn derselbe ge-

wählt sein wollte, die Minister ihm, dem Wahlkommissar, Anweisung darüber erteilt haben würden, so glaubte ein Theil der Wahlmänner, diese Bestrebungen des Wahlkommissars zur Kenntniß des Ministers des Innern bringen zu müssen und um Ernennung eines andern Wahlkommissars zu bitten. Statt der Antwort las man einige Zeit darauf im „Staats-Anzeiger“, daß der Wahlkommissar, der damals als Landrathsamtsverweser fungierte, als Landrath definitiv angestellt sei, und aus diesem Umstande ist natürlich deduziert, daß die gegen die Wahl des Herrn v. Patow gerichteten Bestrebungen des Wahlkommissars von anderen Ministern wohl gut geheißenen seien.“ Er hoffe, so schließt der Redner, daß der Minister des Innern hieraus Veranlassung nehmen werde, künftig Niemanden zum Wahlkommissar zu ernennen, der nicht offen und ehrlich der ministeriellen Partei angehöre. Der Minister des Innern: „Ich kann mit den Wünschen des Herrn Vorredners nur übereinstimmen. Was aber die jüngsten Wahlen anbetrifft, so kann ich im Allgemeinen für die Vorgänge bei denselben keine Verantwortlichkeit übernehmen. Ich war noch zu neu im Amte und ohne Kenntniß der betreffenden Persönlichkeiten. Kommen nun aber Fälle wie der vorliegende zur Kenntniß, so seien Sie überzeugt, daß ich nicht unterlassen werde, eine strenge Rüge ergehen zu lassen. Was den vorliegenden Fall anbetrifft, so liegt derselbe bereits seit Kurzem meiner Kenntniß vor, und werde ich das Geeignete darauf erlassen.“ (Allseitiges Bravo Rechts.)

Zu einer Diskussion führt eine Wahl im 6. Marienwerder Bezirk. Dort wurde am 23. Nov. v. J. der Hrn. v. Schrötter und der Fabrikant Beeje aus Thorn gewählt. Eine Verlegung des Wahlsystems vom Mai 1849 habe, sagt der Referent, schon darin gelegen, daß der Wahlkommissar bei Beginn des Wahls sofort einen Stellvertreter für sich habe wählen lassen; der Wahlkommissar Landrath v. Barischall sei aber selbst zugegen gewesen, und für solchen Fall wisse das Wahlsystem nichts von einem Stellvertreter. Die Wahl zum Stellvertreter sei auf Hrn. v. Schrötter gefallen. Nachdem der Landrath v. Barischall die Einleitungsgeheimnisse als Kommissar vollzogen, habe er das Lokal verlassen und der Wahl sei unter Hrn. v. Schrötter, der zugleich Wahlkandidat war, vor sich gegangen; die zweite Wahl sei wieder von Hrn. v. Barischall geleitet worden (Ruhe: hört, hört, zur Rechten). Bei der ersten Wahl seien 293 Stimmen abgegeben worden, absolute Majorität 147, und genau diese Zahl habe Hr. v. Schrötter erhalten. Es hätten sich nun unter den Wahlmännern zwei befunden, die nicht stimmberechtigt sein konnten, weil ihre Namen nicht einmal in die Urwählerliste eingetragen waren; sie seien aber dennoch gewählt, seien einberufen worden und hätten für Hrn. v. Schrötter gestimmt. Das Wahlmännerkollegium sei ruhig darüber hingegangen; er (der Redner) glaube aber nicht, daß die Kammer dieses Unrecht gutheissen werde. Nach Abzug jener 2 Stimmen bleiben also 291 übrig, absolute Majorität 146, und Hr. v. Schrötter habe demnach eine Stimme weniger als die absolute Majorität gehabt. Es liege aber noch ein anderes Bedenken vor, indem ein Wahlmann (v. Kroznoski), obwohl genügend legitimirt, ausgeschlossen wurde. Durch seine Zulassung hätte sich bei 194 Stimmen da die absolute Majorität auf 148 gestellt und Hr. v. Schrötter auch mit 147 Stimmen nicht die hinreichende Stimmenzahl gehabt. Auch sind verschiedene Proteste gegen die Wahl des Hrn. v. Schrötter eingegangen. In einem derselben, von 55 Wahlmännern aus Thorn, wird hervorgehoben: ein Gutsbesitzer v. Sommer habe gehört, daß während des Stimmzählens sich Hr. v. Schrötter mit mehreren Personen unterhalten und geäußert habe, es sei Stimmengleichheit vorhanden. Da habe der Protokollführer ein Blatt umgeschlagen, auf den Namen eines Wahlmannes gezeigt, der für den Gegenkandidaten Hrn. v. Yoga gestimmt, und mit dem Bemerkten, er müsse sich geirrt haben, den Namen v. Yoga in v. Schrötter umgeändert. Der Hr. v. Sommer wolle diese Aussage zwar eidlid bestätigen, es könne aber (nach den angestellten Ermittlungen) hier kein Gewicht darauf gelegt werden. Auch aus dem Kallmer Kreise ist ein Protest eingegangen, in welchem angegeben wird, daß in einer Driftschacht nach der Erkrantung des Wahlkommissars der für diesen eingesetzte Stellvertreter, anstatt in dem früher festgesetzten Lokale, in seiner Wohnung wählen ließ. Die meisten Urwähler hätten sich in Folge dessen unrichtiger Sache nach Hause begeben. Wegen aller dieser Unregelmäßigkeiten beantragt die Abtheilung, die Wahl des Hrn. v. Schrötter für ungültig zu erklären. Abg. v. Wallendroff erklärt sich gegen diesen Antrag. In den von dem Referenten vorgeführten Fällen liege eine Entscheidung des Wahlmännerkollegiums vor, man könne also wieder auf die Frage zurück, ob die Entscheidung jenes Kollegiums eine „endgültige“ sei? Er interpretire dieses Wort dahin, daß das Haus nicht mehr in der Lage sei, in eine materielle Prüfung, oder Entscheidung einzutreten. Der Referent hebt dagegen noch hervor, daß die Zulassung derjenigen unberechtigten Wahlmänner gar nicht im Wahlkollegium, sondern erst später, nach vollzogener Wahl, zur Sprache gekommen sei. Abg. v. Binder (Pagen) tritt dem Vorredner völlig bei; es frage sich, wie bereits in der letzten Sitzung von dem Abg. Wenzel hervorgehoben, inwiefern das jedesmalige Wahlmännerkollegium als unparteiisch anzusehen sei. Ob in diesem Falle von Unparteilichkeit die Rede sein könne, gebe er zu bedenken. Was solle man davon halten, wenn der Wahlkommissar erst gefunden, dann beim Beginn der Wahl krank und nach der Beendigung der Wahl wieder gesund sei? (Geheult.) Das Haus müsse als Geschworenengericht entscheiden, und wenn überhaupt eine Wahl für ungültig erklärt werden könne, so müsse es in diesem ekkantanten Falle geschehen. Die Würde des Hauses gerathe in Gefahr, wenn solche Wahlen gut geheissen würden; dann solle man lieber Jeden ohne Prüfung zulassen. Der Redner fordert Hrn. v. Schrötter schließlich auf, die Diskussion auf eine würdige Weise dadurch abzulösen, daß er auf das Mandat freiwillig Verzicht leiste. (Bravo.) Herr v. Wallendroff erklärt sich jetzt ebenfalls für die Ungültigkeit der Wahl. Es erklären sich noch v. Gravenitz für, v. Hohenberg-Kipinski gegen die Gültigkeit der Wahl. Schließlich führt Abg. Schütz als Korreferent noch an, daß ein Wahlmann in zwei Abtheilungen zugleich gewählt worden sei und beide Wahlen angenommen habe; eine Nachwahl sei aber nicht veranlaßt worden. Bei der nunmehr folgenden Abstimmung wird der Antrag, die Wahl des Herrn v. Schrötter für ungültig zu erklären, fast einstimmig angenommen. Dagegen stimmt nur die Fraktion Armin-Heinrichsdorff mit Ausnahme weniger Mitglieder.

[Berlin, 24. Jan.] Das Publikum schien heute von der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses etwas Außergewöhnliches zu erwarten, denn es hatte sich zu derselben in solcher Menge eingefunden, daß es kaum Platz finden konnte; jedenfalls hat es aber nicht das gesunden, was es sich gedacht, denn die Adresse gab zu keinerlei Debatte Veranlassung, wohl aber dem Berichterstatter Simpson Gelegenheit, wieder einmal zu glänzen. Der Verhandlung wohnten, mit Ausnahme des Kriegsministers, die sämtlichen Kabinettsmitglieder bei. Der Fürst von Hohenzollern erschien etwas spät. Gegenstand der Verhandlungen waren zuerst Wahlprüfungen, die alle für gültig erklärt wurden; dann folgte die Verlesung von 52 Mitgliedern auf die Verfassung und hieran schloß sich die glänzende Berichterstattung des Abg. Simpson über die Adresse. Graf Giesewitz gab die Erklärung ab, daß er und seine Freunde nichts von einer Adresse erfahren und sie erst aus den Zeitungen kennen gelernt hätten; nichtsdestoweniger würden sie derselben zustimmen, weil sie hoffen dürften, daß der Prinz-Regent auch ihre Anträge in Erwägung ziehen werde. Der Führer der Konservativen, v. Arnim-Neubeth, erklärte, daß er und seine Fraktion wohl der Adresse, nicht aber den Ausführungen des Referenten zustimmen. Die Adresse wurde schließlich ganz in der Fassung angenommen, wie sie die Zeitungen bereits gebracht haben, und soll nunmehr durch eine Deputation von 30 Mitgliedern, die durch das Loos bestimmt wurden, dem Prinz-Regenten überreicht werden. An der Spitze derselben befindet sich natürlich der Präsident des Hauses. Heute hat die gegenwärtige Rechte ein glänzendes Festmahl bei Mädel unter den Linden; bekanntlich hat diese Fraktion alljährlich den Geburtstag Friedrichs des Großen in dieser Weise gefeiert.

Militärzeitung.

Oesterreich. [Gegenwärtiger Stand der österreichischen Militärschulen.] Nach erfolgter Durchführung der neuen Bestimmungen über die österreichischen Militär-Erziehungsanstalten und Schulkompagnien sind im ganzen Umfang des österreichischen Kaiserthums gegenwärtig noch 5 Untererziehungsanstalten mit zusammen 600, ebenso viele Obererziehungsanstalten mit zusammen 1000 und 2 Infanterie-, 4 Artillerie-, 1 Pionier-, 1 Genie- und 1 Marine-Schulkompagnie mit je 120 Zöglingen vorhanden.

Sachsen. [Militär-Bildungsanstalten.] Laut einer neulichen Bekanntmachung des sächsischen Kriegsministeriums wird mit dem 1. April d. J. die bisherige Kriegsschule zu Dresden aufgelöst werden, und sollen fortan nur noch als die zwei einzigen höheren sächsischen Militär-Bildungs- und Erziehungsanstalten das Kadettenkorps und die Artillerieschule fortbestehen. Der Lehrkursus der letzteren wird in 3 Divisionen von sechsjähriger, der aus dem Kadetten-Institut dagegen in 5 Divisionen von fünfjähriger Dauer sein. Die Aufnahme in beide Lehranstalten ist mit vollendetem 14. Lebensjahre zulässig.

England. [Küstenbefestigungen; Aenderung in der Militärverwaltung.] Die Entwurfe zur Befestigung der englischen Küsten vertiefte sich wahrhaft in tiefenhafte und selbst der Winter hat in der Durchführung dieser Arbeiten kaum einen bemerkbaren Halt geboten. Begreiflicherweise nahmen

darunter die zum Schutz der Themsemündung bestimmten, oder doch in deren Nähe gelegenen Hafenplätze den ersten Rang ein, und namentlich Sheerness hat unter denselben eine besondere Berücksichtigung erfahren. Es sollen daselbst zum Schutz der dortigen Schiffsverwerfte, Magazine und Kanone zu den schon vorhandenen Werken noch 5 große Bastionen aufgeführt werden und waren in der Mittelbastion bereits im November v. J. 4 große Magazine und 2 andere bombensichere Gebäude völlig vollendet, wie zu demselben Zeitpunkt ebenso auch schon drei kleinere Kanonenwerke, jedes zu 21 Kanonen, nichts weiter als der Ausrüstung bedurften, um nöthigenfalls sofort in Thätigkeit treten zu können. Nicht minder geschieht auch für die Vertheidigung der Festungswerte von Portsmouth und Gosport alles Erdenkliche und werden namentlich die Befestigungen der erstgenannten Hafenstadt durch neue von Hülse bis Fort Cumberland reichende Schanzen verstärkt, zu deren Herstellung von der Regierung 135,000 Pfd. St. ausgelegt worden sind. Nachdem sollen hier noch zwei neue Forts, zu Elbow und St. Gomer, erbaut werden, für welche die Vorschläge auf 46,000 und 92,000 Pfd. St. berechnet sind, und eine andre, zwischen den genannten beiden Hafenplätzen projektirte, theilweise jedoch ebenfalls schon in Angriff genommene Reihe von einzelnen Forts wird insgesamt auf 300,000 Pfd. St. veranschlagt. Die Kanonen auf den Festungswerten und in der ganzen Ausdehnung der Küste sind überdies flugs ausgetauscht und angefrischt, wie ausserdem neben jeder eine Kugelpyramide aufgeführt worden. In der englischen Militärverwaltung ist insofern eine wesentliche Veränderung eingetreten, als künftig, wohl in Rücksicht auf die Bedürfnisse der verschiedenen Klimate die Regierung nicht mehr die Montirungen für die auswärtig stationirten Regimenter liefert, sondern es den Regimentskommandanten gegen Zahlung eines vorher festgestellten Preises überläßt, diese an Ort und Stelle zu beschaffen und die dazu nöthigen Kontrakte abzuschließen.

Spanien. [Krieg mit Marokko.] Spanien scheint jetzt fast entschlossen, die räuberischen Einfälle der Bewohner von Marokko und die Beeinträchtigung seiner Handelsmarine durch die maurischen Piraten nicht länger zu dulden und hat bereits eine Division von Dampfern nach der Bai von Tanger abgedispatcht, um für diese ihm seit einer Reihe von Jahren widerfahrenen Unbilden von dem Kaiser von Marokko Rechenschaft zu fordern. Für den allerdings wahrscheinlichen Fall der Abweisung sollen aber im nächsten Frühjahr die Flotte von 14—16 Fregatten, 2 schwimmenden Batterien, 20 Kanonenschaluppen, 6 Transportschiffen, 2 Bombarden, wie 14,000 Mann Landtruppen nach Afrika abgedispatcht werden, um den spanischen Forderungen ein Genüge zu schaffen. — p.

Aus polnischen Zeitungen.

[Die Absichten des Kaisers Napoleon in Bezug auf Italien.] Der Pariser Korrespondent des „Gas“ bringt folgende interessante Enttöhlung über die Absichten des Kaisers Napoleon in Bezug auf Italien, deren Verbreitung wir ihm natürlich überlassen: „Man versichert fortwährend, daß es dem Kaiser darum geht, dem Prinzen Napoleon den Thron des Kirchenstaates zu geben u. s. w., aber so, daß der König von Sardinien sich dadurch nicht beleidigt fühlt. Die beiden Töchter des Fürsten Camillo haben öfter geheiratet und wohnen mit ihren Männern im Lande. Der Prinz Napoleon beirathet eine sardinische Prinzessin. Der Kaiser soll die Ueberzeugung haben, daß der Papst nicht im Stande ist, den Kirchenstaat zu regieren. Diese Ueberzeugung hat die „Presse“ offen ausgesprochen, so wie dies schon früher Herr v. Sejena in seiner letzten Brochure gethan. Man versichert, daß die Sardinier, namentlich die französischen, den Vater Pontevio an der Spitze, das Projekt des Kaisers billigen und daß auch der größte Theil der französischen Geistlichkeit damit einverstanden ist. Nur das „Univers“ ist anderer Meinung, weil es das Organ der Kuria ist, d. h. des Papstthums ist. Um zu seinem Ziele zu gelangen, mußte sich der Kaiser um die Neutralität Englands, Preussens, des Deutschen Bundes und Russlands, kurz ganz Europa's bemühen; mußte überdies den Gedanken an die Abtheilung der Länder in dieser Hinsicht ausdrückliche Versicherungen geben; mußte sich mit Preussen auf einen guten Fuß stellen und von der Protektion Dänemarks ablassen. Verlangt ist, wie man behauptet, mit der Nachrich auf England zurückgeführt, daß England neutral bleiben will, daß Lord Malmesbury, der Hrn. Gladstone nach Korfu geschickt hat, sich der Reform im Kirchenstaate geneigt zeigt, als Palmerston, wie dies auch von Seiten des protestantischen England überhaupt der Fall ist. Baron Roncieres le Mourey hat dieselbe Versicherung, wie der Graf Persigny, nach Berlin gebracht (?). Man sagt, daß er dies jetzt noch nichts Gewisses von da berichtet hat. (Kann's eben auch nicht, da er dort keinerlei diplomatische Mission hatte. D. R.) Der Prinz-Regent soll noch schwanken, aber man glaubt, daß er denselben Entschluß fassen wird, wie England. Die größte Schwierigkeit stand der Vollst. des Kaisers von Seiten Russlands entgegen. Rußland auf Kosten Mittel-Europa's in den Kampf hineinzuziehen, war unmöglich und eine neue Gefahr sowohl für das europäische Gleichgewicht, als auch für den Katholikismus. Rußland soll mit Frankreich nur auf dem Meere und wo möglich an den Küsten Galabriens, gemeinschaftlich handeln, soll nöthigenfalls die Häfen blockiren und Frankreich eine moralische Unterstützung leisten, die auf England Einfluß üben könnte; aber Mittel-Europa gegenüber soll es in statu quo bleiben. Wenn die letzte Nachricht sich bestätigt, so werden sich auch die Worte Sejena's bestätigen, wonach die Vollst. Frankreichs erbeicht, daß Rußland auf dem Kontinent in seinen gegenwärtigen Grenzen erhalten werde. Zwischen Frankreich, Rußland und Sardinien soll ein Traktat abgeschlossen sein.“

Lokales und Provinzielles.

R. Posen, 25. Januar. [Vorsicht!] So viel wir wissen, existiren auch bei uns Polizeiverordnungen, nach welchen auch bei uns bei eintretender Eisglätte die Bürgersteige, Trottoirs u. s. mit Sand oder Asche bestreut werden sollen, um Unglücksfälle zu verhüten. Wir haben in den letzten Tagen von Befolgung dieser Vorschrift nichts bemerkt, obwohl früh Morgens die Glätte auf den Trottoirs mehrerer Straßen sehr gefährlich war. Beim Wassertragen, wobei auch trotz mehrfachen Verbots sehr häufig noch die Trottoirs benutzt werden, hat das aus den Gefäßen überfließende Wasser stattdessen Morgens gefrorene Bahnen gebildet, und die liebe Jugend läßt sich natürlich nicht nehmen, dieselben als willkommene „Schlitterbahnen“ zu benutzen. Wir mahnen zur Vorsicht! Gleichzeitig möchten wir auf die in Folge des häufigen Witterungswechsels eintretende Unsicherheit des Eises auf den Schlittschuhbahnen aufmerksam machen, die um so bedenklicher wird, als häufig das Schlittschuhlaufen ohne alle Aufsicht betrieben wird, und so viel uns bekannt, die nöthige praktische Unternehmung der Haltbarkeit des Eises durch Fischer, Schiffer oder andere Sachverständige, wie sie an andern Orten erfolgt, hier nicht Sitte ist. Am vorigen Sonntage sind auf dem Eise rechts vom Gismoldthore (von der Stadt aus) mehrere Knaben eingebrochen, glücklicherweise ohne weiteren Schaden dabei zu nehmen. Aber wir meinen, Vorsicht könnte nicht schaden!

S. — [Theater.] Wir wir hören, trifft heute der k. Hofkapellmeister Hr. Ludwig Dessior von Berlin zu einem kurzen Gastrollen-Cyklus auf unserm Stadttheater hier ein. Der Künstler anerkannt einer der bedeutendsten der Gegenwart, ist unseren Theaterfreunden ja kein Fremdling. Sein höchst erfolgreiches Gastspiel im Sommer 1856 ist nebst den reichen Genüssen, die dasselbe gewährte, gewiß noch in Aller Erinnerung. Am 10. lieber machen wir denn hier auf sein diesmaliges Wiedererscheinen aufmerksam, zumal der Künstler, vermöge seiner Verpflichtungen der Berliner Hofbühne gegenüber, nur einige Gastrollen — wie wir hören, deren drei (Hamlet, Othello, Richard III.), am Donnerstag, Freitag und Sonnabend — hier geben kann. Wenn die Direktion durch Veranlassung dieses Gastspiels und die dadurch ermöglichte, hoffentlich recht sorgsam vorbereitete Vorführung einiger Schatepeare'scher Meisterwerke, sich Anspruch auf den Dank des gebildeten Publikums gewinnt, so läßt sich auch wohl erwarten, daß dasselbe durch recht zahlreichen Besuch sich selber und den berühmten Gast ehren werde. (Beilage.)

